Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status
bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat

gesellschaft für bedrohte Völker

Unsere Roma-Kinder: Gestern in Auschwitz ermordet, heute aus Deutschland vertrieben!

www.gfbv.de

„Von ihrem Schicksal her sind Zigeuner und Juden Geschwister… im Dritten Reich galten wir Juden als Untermenschen. Die Zigeuner werden noch heute als Untermenschen zwar nicht offen bezeichnet, aber empfunden und behandelt“

Ernst Tugendhat, deutsch-jüdischer Philosoph, Schirmherr der Gesellschaft für bedrohte Völker.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Frau Innenminister, sehr geehrte Herren Innenminister und Innensenatoren,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete von Bund und Ländern,

zwei Fotos illustrieren unseren offenen Brief: Da sind einmal sieben der zwölf Kinder der Roma-Familie Krasnići aus Göttingen. Sie alle wurden in Deutschland geboren. Ihre Eltern flüchteten nach der Intervention der NATO im Kosovo 1999. Auch die Bundeswehr war daran beteiligt. Die NATO befreite damals die verfolgte albanische Bevölkerungsmehrheit dieser Region, sah aber tatenlos zu, wie albanische Nationalisten 70 Dörfer der Roma zerstörten oder verwüsteten und Tausende Roma vor Folter, Mord, Vergewaltigung nach Westeuropa flüchten mussten.

Das andere Foto zeigt drei Roma-Kinder, die von dem KZ-Arzt Josef Mengele zu Menschenversuchen missbraucht und dann in Auschwitz ermordet wurden. Unterstützt von Simone Veil, Heinz Galinski, Indira Gandhi und Simon Wiesenthal hatte unsere Menschenrechtsorganisation, die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundespräsident Karl Carstens 1979 und 1981 zur öffentlichen Anerkennung dieses Holocausts bewegt und erste Wiedergutmachungs- und Wiedereinbürgerungsschritte durchgesetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie alle beklagen sich über unser kinderarmes Deutschland und die Rentenkatastrophe, die auf uns zurollt. Aber Sie haben keine Probleme, „unsere“ Kinder, die aus Flüchtlingsfamilien nicht nur der Roma, sondern auch der Aschkali, Kurden, Bahai'i, Jesiden, christlichen Assyrer-Aramäer-Chaldäer, der Armenier, Aleviten, Mandäer, Tschetschenen, Afghanen oder Vietnamesen stammen, aus dem Land zu jagen.

Diese Flüchtlingskinder sind hier geboren oder aufgewachsen, sprechen Deutsch als Muttersprache, meist mit regionalem Akzent. Unsere deutsche Gesellschaft hat sie längst ethnisch und kulturell zu Deutschen gemacht. Diese Kinder oder ihre Eltern sind zu uns geflohen, meist aus Kriegs-, Genozid- oder Verfolgungssituationen.

Für ihre Integration haben Lehrer, Sozialarbeiter, Geistliche, christliche Gemeinden, Flüchtlingsräte, Menschenrechtler und viele andere Bürger gekämpft und sich engagiert, haben für ihre Eingliederung unendlich viel materiell und ideell geleistet. Unnachsichtig verschleudern viele deutsche Minister, Senatoren und Abgeordnete dieses eingesetzte „Kapital“.

Gnadenlos unterdrücken, verfolgen deutsche Innen- und Ausländerbehörden mit zahlreichen administrativen Initiativen die Flüchtlingsfamilien mit ihren Kindern oft monate- oder jahrelang und lassen sie schließlich ins Nichts „deportieren“ wie Jetmir K. Er war vier Monate alt, als er 1991 nach Deutschland kam. 2012 wurde er ins Kosovo abgeschoben. Er spricht kaum Albanisch und diese permanenten Verfolgungsmaßnahmen werden zwar immer wieder kritisiert, aber sie hören nicht auf. Ausländerbehörden schämen sich nicht, dabei sogar die Schulen und Lehrer der Flüchtlingskinder einzubeziehen: So werden bundesweit Lehrerinnen und Lehrer zur Denunziation aufgefordert. Sie werden unter Druck gesetzt, Auskunft über Fehlstunden und –tage ihrer Schüler zu geben. Je mehr es sind, umso leichter fällt es den Behörden, Abschiebungen von Flüchtlingsfamilien oder einzelner ihrer Mitglieder zu rechtfertigen. Lehrerinnen und Lehrer sollen also maßloses Unrecht möglich machen und zusehen, wenn Kinder von Vätern und Müttern getrennt, wenn selbst Schwerstkranke, Schwangere oder alte Familienangehörige „deportiert“ werden sollen.

Wir erinnern daran: Deutschland hat viel wiedergutzumachen - auch und besonders an Kindern, den schutzlosen Opfern des nationalsozialistischen Holocaust! Weit mehr als eine Million jüdische Kinder und mindestens hunderttausend Kinder der Sinti und Roma wurden ermordet.

Wir rufen dazu auf, auch „fremden“ Kindern eine Zukunft zu geben wie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs: Zwischen 1945 und 1950 hat allein Niedersachsen, die Heimat der Roma-Kinder der Familie Krasnići, drei Millionen deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen, unter ihnen etwa eine Million Kinder und Jugendliche. Sie mussten schnell integriert werden. Und da soll es nicht möglich sein, einige tausend hier aufgewachsene und längst integrierte Flüchtlingskinder dauerhaft in unsere Gesellschaft aufzunehmen? Es klingt grotesk, dass sich Innenministerien, unzählige Behörden in Stadt und Land und nicht zuletzt Gerichte heute jahrelang damit befassen, diese wenigen Flüchtlingskinder und ihre Eltern ständig unter Druck zu setzen, zu verängstigen und aus dem Land zu jagen.

Wir appellieren an Sie, bitte sorgen Sie dafür, dass diese Flüchtlingskinder und ihre Angehörigen endlich in ihrer Heimat - Deutschland - bleiben dürfen und wie die Russlanddeutschen und jüdischen Aussiedler seit Anfang der 90er Jahre schnell eingebürgert werden. Bitte machen Sie Ihren Einfluss geltend! Herzlichen Dank!

Göttingen/Hannover, Ende Mai 2013

Die Unterzeichner:

Tilman Zülch, Präsident der Gesellschaft für bedrohte Völker International

Michael Fürst, Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Hannover

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling, Bundesminister a. D. und von 2006 bis 2007 Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina

Politiker gegen Abschiebungen:

„Jedes Mal ein kleiner Tod, dem fast nie ein glücklicher Anfang folgt.“

***Bärbel Bohley**, DDR-Bürgerrechtlerin über Vertreibung*

„Wir glauben hier in Deutschland, unserem Land damit zu dienen, dass wir längst integrierte Ausländerfamilien nach einem gewissen Zeitraum aus juristischen Gründen wieder ausweisen müssen. In wessen Interesse erfolgt diese Ausweisung? Wenn es gesetzliche Erfordernisse sind, die dann natürlich auch entsprechende Gerichtsurteile zur Folge haben, welche vernünftige Lösungsmöglichkeiten verhindern, dann ist es nun einmal unsere verdammte Pflicht, diese Gesetze zu ändern und den Umständen entsprechend anzupassen.“

***Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling**, Bundesminister a. D. und von 2006 bis 2007 Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina über den Irrglauben mit Abschiebungen unserem Land zu dienen*

„Die oft gelungene Integration dieser Menschen und ihre Leistungen müssen anerkannt werden. Für bereits hier aufgewachsene Kinder sowie für Menschen, die in ihren Heimatländern Schreckliches erlebt haben, bedeutet eine Abschiebung eine unzumutbare Härte.“ ***Markus Meckel**, ehemaliger DDR-Bürgerrechtler und bis September 2009 MdB (SPD)*

DZI Spenden-Siegel
Ihre Spende kommt an!

Gesellschaft für bedrohte Völker. Für Menschenrechte. Weltweit.
Postfach 2024 • D-37010 Göttingen • Tel. 0551 49906-0 • Fax 0551 58028 • info@gfbv.de • **www.gfbv.de**
SPENDENKONTO 50 60 70 • Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 251 205 10)